A (Vernehmlassungsentwurf)

**Bundesgesetz
über die Armee und die Militärverwaltung
(Militärgesetz, MG)**

Änderung vom

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ... 2007¹,
beschliesst:*

I

Das Militärgesetz vom 3. Februar 1995² wird wie folgt geändert:

Ingress

gestützt auf die Artikel 40 Absatz 2, 58 Absatz 2 und 60 Absatz 1 der Bundesverfassung³,

...

Gliederungstitel vor Art. 2

Zweiter Titel: Militärdienstpflicht

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 2 Schweizer

¹ Jeder Schweizer ist militärdienstpflichtig.

² Der zivile Ersatzdienst und die Ersatzabgabepflicht werden in besonderen Bundesgesetzen geregelt.

Art. 3 Abs. 2

² Wird ihre Anmeldung angenommen, so wird sie stellungspflichtig. Wird sie an der Rekrutierung für militärdiensttauglich erklärt und ist sie bereit, die ihr dort zugeteilte militärische Funktion zu übernehmen, so wird sie militärdienst- und meldepflichtig.

¹ BBl 2007 ...

² SR 510.10

³ SR 101

Art. 4 Abs. 2 und 3

² Die Auslandschweizer können sich freiwillig zum Militärdienst melden. Wird ihre Anmeldung angenommen, so werden sie stellungspflichtig. Werden sie an der Rekrutierung für militärdiensttauglich erklärt und sind sie bereit, die ihnen dort zugeteilte militärische Funktion zu übernehmen, so werden sie militärdienstpflichtig.

³ Zum Landesverteidigungsdienst (Art. 76) können auch die übrigen Auslandschweizer aufgeboten werden.

Art. 6a (neu) Ausweis über die Erfüllung der Militärdienstpflicht

¹ Militärdienstpflichtige erhalten einen Ausweis, der die Erfüllung ihrer Militärdienstpflicht dokumentiert.

² Der Ausweis wird regelmässig nachgeführt.

*Gliederungstitel vor Art. 7***2. Kapitel: Inhalt der Militärdienstpflicht****1. Abschnitt: Stellungspflicht und Rekrutierung***Art. 7 Stellungspflicht*

¹ Militärdienstpflichtige sind ab dem Anfang des Jahres, in dem sie das 18. Altersjahr vollenden, stellungspflichtig.

² Die Stellungspflichtigen müssen sich bei den zuständigen Militärbehörden zur Aufnahme in die Militärkontrolle melden und dabei die Daten nach Artikel 27 angeben. Die Pflicht zur Meldung erlischt am Ende des Jahres, in dem die Stellungspflichtigen das 29. Altersjahr vollenden.

³ Die Stellungspflichtigen müssen an einer Orientierungsveranstaltung teilnehmen und dort:

- a. zuhänden der zuständigen Ärzte einen vorgängig ausgefüllten ärztlichen Fragebogen zum allgemeinen Gesundheitszustand abgeben;
- b. zuhänden der Rekrutierungsorgane den Zeitpunkt angeben, an dem sie die Rekrutenschule zu absolvieren wünschen.

⁴ Die Orientierungsveranstaltung wird nicht an die Ausbildungsdienstpflicht (Art. 42) angerechnet. Nicht stellungspflichtige Schweizerinnen und Auslandschweizer können an der Orientierungsveranstaltung teilnehmen.

Art. 8 Pflicht zur Teilnahme an der Rekrutierung

¹ Die Stellungspflichtigen müssen an der Rekrutierung teilnehmen. Der Bundesrat kann für Fälle von offensichtlicher Dienstuntauglichkeit Ausnahmen vorsehen.

² Die Rekrutierung ist in der Regel im 19. Altersjahr zu absolvieren. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen für Stellungspflichtige, die die Rekrutenschule vorzeitig

absolvieren möchten oder aus persönlichen Gründen die Rekrutierung nicht im 19. Altersjahr absolvieren können.

³ Die Pflicht zur Teilnahme an der Rekrutierung erlischt am Ende des Jahres, in dem die Stellungspflichtigen das 25. Altersjahr vollenden. Der Bundesrat kann vorsehen, dass die Rekrutierung später absolviert wird. Die Betroffenen müssen der späteren Absolvierung zustimmen.

Art. 9 Inhalt der Rekrutierung

¹ Bei der Rekrutierung werden mittels Untersuchungen, Tests und Befragungen die zur Beurteilung der Tauglichkeit für den Militär- und Schutzdienst und des Leistungsprofils sowie für die Zuteilung der Stellungspflichtigen notwendigen Daten beschafft und bearbeitet.

² Die Rekrutierungstage werden an die Ausbildungsdienstpflicht (Art. 42) angerechnet.

Art. 10

Aufgehoben

Art. 11 Abs. 1, 2 Bst. b und c sowie 2^{bis}

¹ Die Einwohnergemeinden melden den kantonalen Militärbehörden jährlich und unentgeltlich Namen, Vornamen, Wohnadresse und AHV-Nummer der Stellungspflichtigen nach ihrem Einwohnerregister.⁴

² Die Kantone haben folgende Aufgaben:

- b. Sie führen die Orientierungsveranstaltung durch.
- c. Sie geben an der Orientierungsveranstaltung den Ausweis über die Erfüllung der Militärdienstpflicht ab.

^{2bis} Der Bundesrat legt die Grundsätze für die Gestaltung der Orientierungsveranstaltung, die Form und den Inhalt der zu vermittelnden Informationen und die zu erhebenden Daten fest; das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport regelt die Einzelheiten der Informationsvermittlung.

Gliederungstitel vor Art. 12

⁴ Ergänzung nötig betr. Verwendung der AHV-Nr., wenn die mit Botschaft vom 23. November 2005 (BB1 2006 501) unterbreitete Revision AHVG (Neue AHV-Versichertennummer), die eine Änderung von Art. 146 Abs. 2 MG alt enthält, vor der vorliegenden MG-Revision in Kraft tritt.. GS Regi Nr. 152.3

2. Abschnitt: Dienstleistungspflicht

Art. 12 Grundsatz

Militärdienstpflichtige, die militärdiensttauglich sind, müssen folgende Dienste leisten:

- a. Ausbildungsdienst (Art. 41-61);
- b. Friedensförderungsdienst, für den sie sich angemeldet haben (Art. 66);
- c. Assistenzdienst (Art. 67-75);
- d. Aktivdienst (Art. 76-91).

Art. 13 Abs. 1 und 2 Einleitungssatz

¹ Aufgehoben

² Die Militärdienstpflicht dauert:

Art. 20 Abs. 1 und 1^{bis}

¹ Die Militärdiensttauglichkeit kann neu beurteilt werden. Ein schriftliches und begründetes Gesuch um Neubeurteilung können stellen:

- a. die zu beurteilende Person;
- b. die Ärzte der Armee und der Militärverwaltung;
- c. die behandelnden und begutachtenden Zivilärzte;
- d. die Behörden der Militärverwaltung und die Militärversicherung;
- e. die militärischen Strafverfolgungsbehörden;
- f. die Vollzugsstelle für den Zivildienst, im Rahmen der Rekrutierung auch mündlich.

^{1bis} Personen, die im Hinblick auf ihre dienstlichen Pflichten teilweise oder völlig urteilsunfähig sind, sind dienstuntauglich. Die Erwachsenenschutzbehörden melden dem Führungsstab der Armee unverzüglich alle rechtskräftig verfügten Beistandschaften sowie deren Aufhebung betreffend Stellungspflichtige und Angehörige der Armee.

Gliederungstitel vor Art. 21 (neu)

3. Abschnitt: Nichtrekrutierung, Ausschluss und Degradation

Art. 21 Nichtrekrutierung, Ausschluss und Degradation wegen eines Strafurteils

¹ Stellungspflichtige, die infolge eines Strafurteils wegen eines Verbrechens oder Vergehens oder einer angeordneten freiheitsentziehenden Massnahme für die Armee untragbar sind, werden nicht rekrutiert.

² Angehörige der Armee, die infolge eines Strafurteils wegen eines Verbrechens oder Vergehens oder einer angeordneten freiheitsentziehenden Massnahme für die Armee untragbar geworden sind, werden aus der Armee ausgeschlossen. Haben sie sich ihres Grades unwürdig gemacht, so werden sie degradiert und aus der Armee ausgeschlossen.

³ Auf ihr Gesuch hin können nicht rekrutierte Stellungspflichtige wieder zur Rekrutierung und aus der Armee Ausgeschlossene, die nicht degradiert wurden, wieder zur Armee zugelassen werden, wenn:

- a. sie sich während der Probezeit bei bedingtem oder teilbedingtem Strafvollzug oder bei bedingter Entlassung aus dem Strafvollzug bewährt haben; und
- b. die Armee sie benötigt.

⁴ Die Wiederezulassung kann widerrufen werden, wenn erst nachträglich bekannt wird, dass deren Voraussetzungen nicht gegeben waren.

⁵ Für die Entscheide nach den Absätzen 1-4 ist der Führungsstab der Armee zuständig.

⁶ Er kann für den Entscheid:

- a. polizeiliche und militärische Führungsberichte verlangen;
- b. in das Strafregister sowie in Strafsakten und Strafvollzugsakten Einsicht nehmen;
- c. Auszüge aus dem Betreibungs- und Konkursregister verlangen sowie in Betreibungs- und Konkursakten Einsicht nehmen;
- d. die Durchführung einer Personensicherheitsprüfung verlangen.

Art. 22 und 23

Aufgehoben

Art. 24 Abs. 1

¹ Erweisen sich Angehörige der Armee als ihrer Funktion unfähig, so ist ihnen umgehend eine Funktion zu übertragen, zu der sie fähig sind.

Gliederungstitel vor Art. 25 (neu)

4. Abschnitt: Pflichten ausser Dienst

Art. 25 Sachüberschrift und Abs. 1 Bst. b

Sachüberschrift aufgehoben

¹ Die Militärdienstpflichtigen haben ausser Dienst die folgenden Pflichten:

- b. Sie erfüllen die Meldepflicht (Art. 27);

*Gliederungstitel vor Art. 26**Aufgehoben**Art. 26**Aufgehoben**Gliederungstitel vor Art. 27**Aufgehoben**Art. 27 Sachüberschrift, Abs. 1 und 1^{bis}***Meldepflicht**

¹ Die Stellungspflichtigen und Militärdienstpflichtigen müssen dem Kreiskommandanten ihres Wohnsitzkantons unaufgefordert folgende Personendaten und deren Änderungen melden:

- a. Familienname, Vorname, Geburtsdatum;
- b. Wohnadresse und Postzustelladresse;
- c. Muttersprache, Heimatgemeinde und -kanton;
- d. erlernter Beruf und berufliche Tätigkeit.

^{1bis} Sie müssen dem Führungsstab der Armee unaufgefordert folgende Personendaten und deren Änderungen melden:

- a. rechtskräftige Strafurteile wegen eines Verbrechens oder Vergehens sowie rechtskräftige Strafurteile, die eine freiheitsentziehende Massnahme anordnen;
- b. fruchtlose Pfändung und Konkursöffnung.

Art. 41 Abs. 3 zweiter Satz

³ ... Ausbildungsdienste können ganz oder teilweise im Ausland durchgeführt werden, wenn ihr Ziel durch einen Ausbildungsdienst im Inland nicht erreicht werden kann.

Art. 42 Abs. 2 Einleitungssatz

² Der Bundesrat bestimmt die Höchstzahl der insgesamt zu leistenden Tage Ausbildungsdienst:

Art. 47 Abs. 1 zweiter Satz und Abs. 4

¹ ... Wer zum militärischen Personal gehört, gilt als Angehöriger der Armee.

⁴Das militärische Personal wird in den Bereichen Ausbildung, Führung und Einsatz der Armee verwendet. Es kann auch zu Ausbildungsdiensten und Einsätzen im Friedensförderungs- und Assistenzdienst im Ausland verpflichtet werden.

Art. 48a Abs. 2

²Er kann Einrichtungen und Material der Armee für Ausbildungszwecke im internationalen Rahmen zur Verfügung stellen.

Art. 48b (neu) Aus- und Weiterbildungbildung militärischer Medizinalpersonen

¹Aus- und Weiterbildung der militärischen Medizinalpersonen sind, soweit sie nicht an einer Hochschule erfolgen, Sache des Bundes. Dieser gewährleistet und koordiniert die Aus- und Weiterbildung für Militärärzte und andere Kaderpersonen der Gesundheitsberufe in bezug auf ihre zivile und militärische Laufbahn.

²Er führt zu diesem Zweck ein Kompetenzzentrum Schweizerische Akademie für Militär- und Katastrophenmedizin (SAMK). Die SAMK ist eine Verwaltungseinheit des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Die SAMK kann Dritte namentlich mit der Durchführung von Aus- und Weiterbildungsmassnahmen beauftragen.

Art. 54a Abs. 2, 2^{bis} (neu) und 3

²Wer seine Ausbildungspflicht ohne Unterbrechung leistet (Durchdiener), absolviert die Rekrutenschule und leistet unmittelbar danach die restlichen Dienstage ohne Unterbrechung. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen, die in der Person des Durchdieners begründet sind.

^{2bis} Hat sich ein Durchdiener zu Militärdiensten im Ausland bereit erklärt, so ist er verpflichtet, die angeordneten Einsätze zu leisten.

³Der Anteil der Durchdiener an einem Rekrutenjahrgang darf 15 Prozent nicht überschreiten.

Art. 55

¹Angehende Wachtmeister und Leutnants müssen eine auf ihre Aufgabe ausgerichtete Kaderausbildung bestehen.

²Die neu ernannten Wachtmeister und Leutnants müssen einen Ausbildungsdienst in einer Rekrutenschule bestehen. Sie tragen die Ausbildungs- und Führungsverantwortung auf ihrer Stufe.

³Der Bundesrat regelt:

- a. welche weiteren Ausbildungsdienste für einen höheren Grad, eine neue Funktion oder eine Umschulung zu bestehen sind;
- b. welche besonderen Dienste Offiziere und Unteroffiziere zu leisten haben;
- c. die maximale Dauer der Kaderausbildung und der Ausbildungsdienste.

⁴ Er kann das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport ermächtigen, die Einzelheiten zu den Ausbildungsdiensten wie Unterteilung, Teilnehmer und Zulassungsbedingungen zu regeln.

Art. 56-58

Aufgehoben

Art. 66 Abs. 1

¹Einsätze zur Friedensförderung müssen den Grundsätzen der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik entsprechen. Unbewaffnete Einsätze sind aufgrund von zwischenstaatlichen völkerrechtlichen Vereinbarungen mit Zustimmung des Einsatzstaates möglich. Bewaffnete Einsätze können nur auf der Grundlage eines UNO- oder OSZE-Mandats angeordnet werden.

Art. 66b Abs. 4 und 5 (neu)

⁴ Werden für einen bewaffneten Einsatz mehr als 30 Angehörige der Armee eingesetzt oder dauert dieser länger als sechs Monate, so bedarf der Einsatz der vorgängigen Genehmigung der Bundesversammlung. In dringlichen Fällen kann der Bundesrat die Genehmigung der Bundesversammlung nachträglich einholen.

⁵ Die Bundesversammlung kann im Genehmigungsbeschluss ihre Befugnisse für die Fortführung des genehmigten Einsatzes ganz oder teilweise dem Bundesrat übertragen. Der Bundesrat übt seine delegierten Befugnisse nach Konsultation der sicherheits- und aussenpolitischen Kommissionen beider Räte aus.

Art. 70 Abs. 2 und 3 (neu)

² Werden mehr als 4000 Angehörige der Armee aufgeboten oder dauert der Einsatz länger als drei Wochen, so bedarf der Einsatz der vorgängigen Genehmigung durch die Bundesversammlung. In dringlichen Fällen kann der Bundesrat die Genehmigung der Bundesversammlung nachträglich einholen.

³ Die Bundesversammlung kann im Genehmigungsbeschluss ihre Befugnisse für die Fortführung des genehmigten Einsatzes ganz oder teilweise dem Bundesrat übertragen. Der Bundesrat übt seine delegierten Befugnisse nach Konsultation der sicherheits- und aussenpolitischen Kommissionen beider Räte aus.

Art. 85 Abs. 3

³ Der Bundesrat bestimmt auf Antrag des Generals dessen Stellvertreter.

Art. 103 Abs. 3

³ Die zuständige Behörde kann für die Abklärung der Eignung eines Anwärter oder einer Anwärterin:

- a. polizeiliche und militärische Führungsberichte verlangen;

- b. in das Strafregister, Straf- und Strafvollzugsakten Einsicht nehmen;
- c. Auszüge aus dem Betreibungs- und Konkursregister verlangen sowie in Betreibungs- und Konkursakten Einsicht nehmen;
- d. die Durchführung einer Personensicherheitsprüfung verlangen.

Art. 109a (neu) Liquidation

¹Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport besorgt die Liquidation von Armeematerial und regelt die Zuständigkeiten im Departement.

²Es schliesst die zum Zweck der Liquidation notwendigen Verträge ab.

³Es stellt als erhaltenswert eingestuftes Kulturgut der Armee sicher.

Art. 109b (neu) Rüstungskooperation mit Partnerstaaten

¹Der Bundesrat kann im Rahmen der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik internationale Abkommen über die Kooperation im Rüstungsbereich abschliessen:

²Diese Abkommen können insbesondere folgende Gegenstände betreffen:

- a. Rüstungsbeschaffung;
- b. wehrtechnische Forschung und Entwicklung, Qualitätssicherung sowie Instandhaltung;
- c. Informations- und Datenaustausch;
- d. Bedingungen der projektspezifischen Zusammenarbeit mit der Industrie im Rüstungsbereich;
- e. Identifikation von gemeinsamen Projekten in diesem Bereich.

Art. 113

Aufgehoben

Art. 122 Entlassung aus der Militärdienstpflicht

Die Kantone sorgen für die administrative Abwicklung der Entlassung aus der Militärdienstpflicht und der Rückgabe der persönlichen Ausrüstung.

Art. 123 Abs. 2 Bst. a

²Sie erheben keine Steuern auf:

- a. Militäranstalten oder Militärwerkstätten mit Ausnahme der Rüstungsunternehmen des Bundes, die Aktiengesellschaften des privaten Rechts sind;

Art. 130a (neu) Liquidation von militärischen Immobilien

¹ Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport regelt die Liquidation von Immobilien des Bundes, die militärischen Zwecken gedient haben.

² Es schliesst die zum Zweck der Liquidation notwendigen Verträge ab.

³ Es stellt als erhaltenswert eingestuftes Kulturgut der Armee sicher.

Art. 140 Abs. 1

¹ Die Formationen sind für das ihnen übergebene Armeematerial verantwortlich. Sie haften für Verlust und Beschädigung, wenn die dafür Verantwortlichen nicht festgestellt werden können. Dagegen haften sie nicht, wenn sie nachweisen, dass kein schuldhaftes Verhalten ihrer Angehörigen vorliegt.

*Gliederungstitel vor Art. 146***7. Kapitel: Bearbeitung von Personendaten***Art. 146*

Die Bearbeitung von Personendaten durch Stellen der Armee und der Militärverwaltung wird in einem besonderen Bundesgesetz geregelt.

Art. 147-148h

Aufgehoben

*Gliederungstitel nach Art. 148h***8. Kapitel: (neu) Gewerbliche Tätigkeiten***Art. 148i*

¹ Die Verwaltungseinheiten des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport können Dritten gewerbliche Leistungen erbringen, wenn diese Leistungen:

- a. mit den Hauptaufgaben der Verwaltungseinheit in einem engen Zusammenhang stehen;
- b. keine zusätzlichen sachlichen und personellen Mittel erfordern; und
- c. die Erfüllung der Hauptaufgaben nicht beeinträchtigen.

² Gewerbliche Leistungen sind auf der Grundlage einer Kosten- und Leistungsrechnung zu mindestens kostendeckenden Preisen zu erbringen.

II

Die Änderung bisherigen Rechts wird im Anhang geregelt.

III

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Änderung bisherigen Rechts

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000⁵

Art. 24 Abs. 3 (neu)

³ Der Bundesrat kann das zivile Personal der Gruppe Verteidigung im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport zu Einsätzen im Ausland verpflichten, wenn die ausgeübte Funktion notwendig ist zur Unterstützung:

- a. der Ausbildung von schweizerischen Truppen, oder
- b. von Einsätzen im Friedensförderungs- oder Assistenzdienst.

2. Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 4. Oktober 2002⁶

Art. 17 Sachüberschrift und Abs. 2 und 3

Einteilung der Schutzdienstpflichtigen

² Im Einvernehmen mit den betroffenen Kantonen können Schutzdienstpflichtige ausserhalb des Wohnsitzkantons eingeteilt werden.

³ Der Wohnsitzkanton entscheidet über die Einteilung der Schutzdienstpflichtigen.

Art. 18 Personalreserve

¹ Die Kantone können Schutzdienstpflichtige in die Personalreserve einteilen.

² Die in die Personalreserve Eingeteilten müssen nicht ausgebildet werden und haben keinen Anspruch darauf, Schutzdienst zu leisten.

Art. 43 Abs. 2 (neu)

² Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport regelt die Liquidation von Material, das Zwecken des Zivilschutzes gedient hat.

⁵ SR 172.220.1

⁶ SR 520.1

Art. 66 Abs. 2

² Gegen Aufgebote sowie Entscheide über Dienstverschiebungen können die Schutzdienstpflichtigen ein Wiedererwägungsgesuch bei der aufbietenden Stelle einreichen; diese entscheidet endgültig.

Art. 72 Abs. 3-5 (neu)

³ Sie kann den für den Zivilschutz zuständigen Ämtern der Kantone die Rekrutierungsdaten der Schutzdienstpflichtigen weiterleiten.

⁴ Die für die Beurteilung der Diensttauglichkeit notwendigen sanitätsdienstlichen Daten der Schutzdienstpflichtigen werden im Medizinischen Informationssystem der Armee bearbeitet.

⁵ Die für die Beurteilung der Dienstfähigkeit notwendigen sanitätsdienstlichen Daten der Schutzdienstpflichtigen werden durch die Kantone bearbeitet.

3. Kapitel: (neu) Gewerbliche Tätigkeiten*Art. 73a*

¹ Die für den Zivilschutz zuständige Stelle des Bundes kann Dritten gewerbliche Leistungen erbringen, wenn diese Leistungen:

- a. mit den Hauptaufgaben der Stelle in einem engen Zusammenhang stehen;
- b. keine zusätzlichen sachlichen und personellen Mittel erfordern; und
- c. die Erfüllung der Hauptaufgaben nicht beeinträchtigen.

² Gewerbliche Leistungen sind auf der Grundlage einer Kosten- und Leistungsrechnung zu mindestens kostendeckenden Preisen zu erbringen.

Gliederungstitel vor Art. 74

4. Kapitel: Schlussbestimmungen**3. Bundesgesetz vom 12. Juni 1959⁷ über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG)***Art. 3 (neu) Dauer der Ersatzpflicht*

¹ Die Ersatzpflicht beginnt am Anfang des Jahres, in dem der Wehrpflichtige das 20. Altersjahr vollendet.

² Sie dauert:

⁷ SR 661

- a. für nicht in einer Formation der Armee eingeteilte und nicht zivildienstpflichtige Wehrpflichtige bis zum Ende des Jahres, in dem sie das 30. Altersjahr vollenden;
- b. für in einer Formation der Armee eingeteilte oder zivildienstpflichtige Wehrpflichtige längstens bis zum Ende des Jahres, in dem sie das 34. Altersjahr vollenden.

Art. 4 Abs. 1 Bst. d

¹Von der Ersatzpflicht ist befreit, wer im Ersatzjahr:

- d. *Aufgehoben*